

Peter Fässler, SP-Fraktion, Votum in Session vom 30.11./ 01.12./ 07.12.2015

B 18 A Aufgaben- und Finanzplan (AFP) 2016-2019) Antrag Ablehnung Bemerkung PFK: Die Erhöhung Pensum Datenschutzbeauftragten ist zu überprüfen

Die SP-Fraktion lehnt die Bemerkung der PFK „Die Erhöhung Pensum Datenschutzbeauftragten ist zu überprüfen“ entschieden ab. Für die Begründung zitiere ich aus dem Tätigkeitsbericht 2014 des Datenschutzbeauftragten des Kantons Luzern. Er schreibt im Vorwort dieses Berichtes folgendes:

Die seit nunmehr 10 Jahren prekäre Ressourcensituation mit insgesamt 90 Stellenprozenten (davon 50% juristisch), aufgeteilt auf zwei Personen, und der Zuständigkeit für die Verwaltung des Kantons, die Verwaltungen der 82 Gemeinden ohne eigene Datenschutzaufsicht sowie die Erbringer ausgelagerter kantonaler Aufgaben im Gesundheitswesen, im Bildungsbereich, im Sozialwesen etc. führt generell zu einer nicht optimalen Erreichbarkeit der Datenschutzstelle, zu einer Erschwerung der zeitnahen Durchführung von Kontrollen (Audits) und Erledigung der Anfragen sowie zu Verzögerungen bei der Mitarbeit in Projekten. Folge der konstant hohen Geschäftslast und der erwähnten Ressourcensituation im Berichtsjahr ist, dass die gesetzlichen Aufgaben wiederum nicht vollumfänglich wahrgenommen werden konnten. Dabei verschärft sich die Lage von Jahr zu Jahr, indem sich die konstant hohe Geschäftslast im jeweiligen Berichtsjahr nicht bewältigen lässt und zu Verschiebungen in nachfolgende Berichtsjahre führt. Diese Situation ist auch im Hinblick auf die internationalen Verpflichtungen der Schweiz im Bereich des Datenschutzes unverändert kritisch.

Und dann lese ich im Newsletter einer PC Zeitschrift am 26.11.2015 folgendes:

Das Gefühl, im Internet überwacht zu werden, hat sich seit den Enthüllungen von Edward Snowden verändert. Denn nicht nur Geheimdienste sammeln Daten über uns, sondern auch Internetgiganten wie Facebook und Google. Das subjektive Empfinden, von Geheimdiensten bespitzelt zu werden, war laut einer vom Comparis in Auftrag gegebenen GfK-Studie noch nie so stark: «Jeder dritte Schweizer fühlt sich generell nicht sicher bei der Eingabe persönlicher Daten im Internet», folgert das Vergleichsportal.

Meine Damen und Herren, jede Person hier im Saal betrifft dies. Denn bei uns Politiker und Politikerinnen gäbe es sicher noch dies und jenes auszuspionieren.

Aber bleiben wir ernst. Datenschutz ist ein wichtiges Thema und wird es im verstärkten Mass bleiben. Denn mit der zunehmenden Flut von Daten, die ausgetauscht, eingegeben, gespeichert und leider sehr oft auch missbraucht werden, steigt auch die Arbeit der Datenschutzbeauftragten. Hier sparen zu wollen ist fahrlässig und unverantwortlich. Und kann uns sehr teuer zu stehen kommen, wenn der Kanton zur Rechenschaft gezogen wird, weil er seinen Pflichten nicht nachgekommen ist.

Ich bitte Sie deshalb im Namen der SP-Fraktion, diese Bemerkung der PFK abzulehnen. Danke.